

Forschungsberichte

Diskriminierung von Christen in der DDR.
Dargestellt am Beispiel von Bausoldaten, Totalverweigerern und
Jugendlichen im Widerstand gegen die Wehrerziehung in den
1960er Jahren mit Schwerpunkt Thüringer Raum

Roland M. Lehmann

1. Kurzbeschreibung des Projekts

Seit dem 1. Januar 2020 widmet sich ein interdisziplinäres Forschungsteam von vier Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena der wissenschaftlichen Aufarbeitung von verfolgten Christen in der DDR. Unter der Leitung von Christopher Spehr untersuchen Roland M. Lehmann, Anita Henneberger, Marius Stachowski und Maximilian Rosin im Projekt „Diskriminierung von Christen in der DDR“ die Unterdrückungsmechanismen und Repressionsmaßnahmen in den 1960er Jahren am Beispiel der Bausoldaten, Totalverweigerer und Jugendlichen im Widerstand gegen die Wehrerziehung vorrangig im Thüringer Raum. Durch diese miteinander verbundenen drei Schwerpunkte soll ein Themenfeld erschlossen werden, das 1. Repressionen gegen Christen und weitere gegenüber der DDR-Diktatur kritisch denkende Personen umfasst, 2. die Ereignisfelder Schule und Beruf sowie die Institutionen Kirche und Militär umgreift, 3. Alltagsgeschichte dokumentiert, 4. auf individuelle Schicksale bezogen ist und somit auch (verhinderte) Bildungsbiographien junger Menschen in den Blick nimmt.

Das auf drei Jahre angelegte Vorhaben wird vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft gefördert und ist das Ergebnis eines 2016 vom Freistaat Thüringen begonnenen Prozesses zur Erforschung der Repressionen gegenüber Christen, Kirchen und anderen christlichen Religionsgemeinschaften im DDR-Staat. Eingebettet ist das Projekt in die zeitgeschichtlichen Forschungsarbeiten zur DDR an den Universitäten Jena und Erfurt. Darüber hinaus kooperiert es mit außeruniversitären Bildungseinrichtungen wie dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, der Stiftung Ettersberg und der Evangelischen Akademie

Thüringen sowie weiteren Forschungsinitiativen wie beispielsweise der Forschungsstelle „Kirchliche Praxis in der DDR“ der Universität Leipzig.

Das Initialprojekt dient der Gründung eines interdisziplinären „Zentrums für Zeitgeschichte des Christentums“ an der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, das vornehmlich die ostdeutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts in ihren regionalen, nationalen, europäischen und globalen Bezügen erforschen wird.

2. Relevanz des Projekts

Totalitäre Regime sichern ihre Macht einerseits durch staatliche Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft, andererseits durch die Unterdrückung und Einschüchterung Andersdenkender. Diese Mechanismen, die sich weltweit beobachten lassen, sind nach wie vor von hoher Brisanz, weil sie im heutigen digitalen Zeitalter zunehmend subtiler und damit auch schwieriger zu identifizieren sind.

Wer sich in der DDR gegen die Militarisierung auflehnte, lief Gefahr, Diskriminierung auf rechtlicher, sozialer, berufs- und bildungsbiografischer Ebene zu erleiden. Insofern wird im Forschungsprojekt der Begriff „Diskriminierung“ nicht nur im engeren Sinn als rechtlich unzulässige Ungleichbehandlung verstanden. Vielmehr handelt es sich um

„ein komplexes soziales Phänomen, das auch auf historisch gewordene soziale Verhältnisse, auf institutionell verfestigte Erwartungen und Routinen, organisatorische Strukturen und Praktiken sowie auf Diskurse und Ideologien verweist.“¹

Dies schließt verschiedene Aspekte von Diskriminierung mit ein: die Motivation (bewusst oder unbewusst), die Akteure (individuell oder institutionell), die Äußerungsformen (direkt oder indirekt), den Grad (subtil oder grob) und die Aktionsebenen (interaktiv oder strukturell).

Das Forschungsvorhaben setzt bei diesem umfassenden Diskriminierungsbegriff an. Die Ausgangsfrage lautet: Wie erfolgte die Diskriminierung von Christen in der DDR in bestimmten gesellschaftlichen Zusammenhängen vor dem Hintergrund der Militarisierung in den

1 Scherr, Albert / *El-Mafaalani*, Aladin / *Yüksel*, Gökçen (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden 2017, VI.

1960er Jahren? Das Ziel ist die genaue Beschreibung der Strategien, Mechanismen und Folgen von Repression, um anhand des Thüringer Raums einen exemplarischen Beitrag zur historischen Diskriminierungsforschung zu leisten.

Drei Hauptformen der Wehrdienstverweigerung werden untersucht: Erstens die generelle Verweigerung jeglichen Wehrdienstes, bezeichnet als Totalverweigerung, zweitens die Verweigerung des Waffendienstes im Rahmen des Grundwehrdienstes, das Bausoldatentum, und drittens die Verweigerung des Waffendienstes im Rahmen der Wehrerziehung².

Die drei Verweigerungsformen bilden zwar eigenständige Schwerpunkte, weisen aber einen engen inhaltlichen Zusammenhang auf. So ist zu fragen, in welcher Weise auch die Wehrerziehung zur Verweigerungshaltung führte, was Bausoldaten und Totalverweigerer voneinander wussten und wie sie voneinander dachten.

Die zeitliche Beschränkung auf die 1960er Jahre beruht auf dem Sachverhalt, dass es in diesem Jahrzehnt zu maßgeblichen Veränderungen im Bereich der Militarisierung kam und die Kriegsdienstverweigernden in dieser Zeit in allen drei Schwerpunkten besonders formativ für die nächsten Generationen agierten.

Nach der Abriegelung der Sektorengrenzen am 13. August 1961 und der Errichtung der Mauer wurde das Prinzip der freiwilligen Teilnahme am Militärdienst aufgehoben und am 24. Januar 1962 das „Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht“ verabschiedet. Die allgemeine Wehrpflicht löste zahlreiche und disparate Reaktionen aus. So verweigerten bei den ersten fünf Musterungen jeweils im März und September 1962 bis 1964 etwa 1.550 junge Männer DDR-weit aus überwiegend religiösen Gründen den Wehrdienst³.

Mit einer Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 7. September 1964 wurde ein Novum im Ostblock geschaffen: die Aufstellung von Baueinheiten in der Nationalen Volksarmee (NVA), die sogenannten Bausoldaten bzw. Spatensoldaten, als Form des waf-

2 Vgl. *Eisenfeld*, Bernd: Wehrdienstverweigerung: Jugendlichen in der DDR schwergemacht. In: Zitzlaff, Siegfried (Hg): Jugend in der DDR. Stuttgart 1986, 68–75, hier: 69.

3 Vgl. *ders.* / *Schicketanz*, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die „Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte“ in der NVA. Berlin 2011, 52–56.

fenlosen Wehrersatzdienstes. Sowohl die Bausoldaten als auch die unmittelbaren Vollzugsorgane der NVA betraten mit der Einführung des waffenlosen Wehrdienstes völliges Neuland. Das oppositionelle Verhalten der Bausoldaten und die daraus folgenden Konsequenzen schufen die Basis für den Umgang mit den weiteren Jahrgängen.

Vom Beginn der 1960er Jahre an wurde durch die Etablierung der Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung eine feste Einbindung der Wehrerziehung an den Schulen vorangetrieben⁴. Durch eine im Mai 1968 getroffene Vereinbarung zwischen dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik, dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes und dem Ministerium für Volksbildung wurde ab dem Schuljahr 1968/69 für SchülerInnen der Erweiterten Oberschulen, der Spezial- und Fachschulen sowie für Lehrlinge der Berufsausbildung eine wehrerzieherische Ausbildung in Form eines ein- bis zweiwöchigen Lehrgangs obligatorisch⁵. Die Mädchen hatten hierbei einen Zivilverteidigungslehrgang und die Jungen eine vormilitärische Ausbildung in Lagern zu absolvieren. Ungefähr 8 % der Jugendlichen widerstrebten der Teilnahme durch das Ersuchen von Befreiungen.

Bei allen drei Schwerpunkten wird die Situation für den Thüringer Raum analysiert, wobei die regionale Akzentuierung verschieden ausfällt. Bei den Bausoldaten sollen Daten wie Herkunft und Einsatzort (meist außerhalb Thüringens) erhoben werden. Bei den Totalverweigerern geht es insbesondere um die Verweigerungsformen und Haftbedingungen im mitteldeutschen Raum. Und bei den Jugendlichen erfolgt eine Fokussierung auf die regionalen Schulbezirke.

3. Forschungsdesiderate

Das Forschungsteam konnte in den ersten Monaten bereits folgende Beobachtungen und Zwischenergebnisse formulieren:

4 Vgl. *Koch*, Michael: Die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR (Factum. Hintergründe und Erörterungen 7). Erfurt 2000, 9.

5 Vgl. *Kwiatkowski-Celofiga*, Tina: Verfolgte Schüler. Ursachen und Folgen der Diskriminierung im Schulwesen der DDR. Göttingen 2014, 218.

Zum Thema „Bausoldaten“ bildet das Buch von Bernd Eisenfeld und Peter Schicketanz von 2011 neben weiteren Studien den umfassendsten Beitrag⁶. Hier werden die Ergebnisse von früheren Arbeiten der beiden Autoren gebündelt. Ihr Anspruch, eine „weithin geschlossene [...] Geschichte“⁷ vorlegen zu wollen, hat dabei den Nachteil, auf spezifischere Fragestellungen kaum eingehen zu können. So fehlt weiterhin eine differenzierte Studie zur Herkunft, Prägung, Motivation und zum Selbstverständnis der Bausoldaten insbesondere in den Anfangsjahren. Damit einher geht die Frage nach den Zentren und Hauptakteuren, die das weit verzweigte Netzwerk unter den Bausoldaten förderten. Eng verknüpft ist damit die Erforschung der jeweiligen Betreuung der Bausoldaten durch die Heimatgemeinden bzw. durch die Gemeinden nahe den Einsatzorten. Und schließlich ist der Zusammenhang zwischen den Protestformen ‚von unten‘ und den Diskriminierungsmaßnahmen ‚von oben‘ sowohl während als auch nach der Bausoldatenzeit noch nicht eingehend genug geklärt.

Die Diskriminierung von Totalverweigerern ist bislang vorrangig im Rahmen der Geschichte der Zeugen Jehovas beschrieben worden und stellt hierbei einen Teilaspekt ihrer Verfolgung dar. Weitere Diskursfelder schneiden dieses Thema in den Studien zu den Freikirchen, zu politischer Haft sowie Strafvollzug und in der Literatur zum Thema Widerstand und Opposition in der DDR an. Einen wichtigen Beitrag bilden die Studien zur Geschichte der NVA, die teilweise aus der Binnenperspektive der Führungsebene des ehemaligen Kadern berichten, aber auch von gesamtdeutschen Militärhistorikern vorgenommen werden. Gleichwohl fehlt bislang eine grundlegende Studie zur Herkunft, Motivation und zu ausgewählten Einzelschicksalen von Totalverweigerern. Auch deren Relevanz im Rahmen der Entstehung des Bausoldatendienstes ist noch längst nicht hinreichend erforscht worden.

Die Jugendlichen im Widerstand zur Wehrerziehung wurden neben Studien zur Militarisierung der Bevölkerung und zum Widerstand in

6 Vgl. Eisenfeld / Schicketanz, Bausoldaten (wie Anm. 3). Zu den neueren Beiträgen vgl. exemplarisch Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Berlin 2012; und Widera, Thomas: Die DDR-Bausoldaten. Politischer Protest gegen die SED-Diktatur. Erfurt 2014.

7 Eisenfeld / Schicketanz, Bausoldaten (wie Anm. 3), 12.

der DDR auch im Rahmen der sozialistischen Erziehung und der Freizeit-, Medien- und Konsumkultur Jugendlicher in der DDR verhandelt, ohne dass es zu einer systematischen Aufarbeitung dieses Forschungsfeldes gekommen ist. Dabei ergab die Durchsicht der Literatur, dass die häufig vollzogene Unterscheidung ‚schulisch‘ und ‚außerschulisch‘ zu hinterfragen ist, in der Erziehungsforschung zumeist der Komplex ‚Militarisierung‘ eher unter dem Begriff ‚Politisierung‘ thematisiert wurde, die passiven Widerstandsformen kaum eine Berücksichtigung erfuhren und eine geschlechtsspezifische Ausdifferenzierung der Problematik selten vorgenommen wurde. Denn wenn von Militarisierung gesprochen wurde, so lag ein männlich geprägtes ‚Soldatenbild‘ der DDR zugrunde, ohne danach zu fragen, welchen Diskriminierungsformen speziell die jungen Mädchen ausgesetzt waren.

4. Vorgehen und Ziele

Die drei Forschungsschwerpunkte erfordern ein jeweils methodisch differenziertes Vorgehen, das eine möglichst umfängliche statistische, archivalische und biografische Grundlagenermittlung anvisiert.

Hinsichtlich des waffenlosen Wehrdienstes werden durch eingehende Archivrecherchen Daten der ersten 18monatigen Durchgänge seit 1964 ermittelt, um Herkunft, Musterung, Grundausbildung und Einsatzorte statistisch zu erfassen und Hinweisen auf Diskriminierungen nachzugehen. Flankiert wird dies durch Zeitzeugenbefragungen der Bausoldaten und ihren damaligen Angehörigen der entsprechenden Jahrgänge. Im Fokus stehen dabei das widerständige Verhalten, die jeweiligen Diskriminierungserfahrungen und die Hilfsmaßnahmen, die durch Netzwerkbildungen der Bausoldaten untereinander, durch kirchliche Einrichtungen und durch das familiäre Umfeld geleistet wurden.

Bei den Totalverweigerern sind zwei Phasen zu unterscheiden, die miteinander in Bezug stehen. Die erste Phase betrifft die Totalverweigerer seit Einführung der Wehrpflicht 1962, zu denen eine hohe Anzahl von Zeugen Jehovas zählte. Diese ‚erste Generation‘ soll genauer untersucht und deren Relevanz in Bezug auf die Entstehungsgeschichte des waffenlosen Wehrdienstes ausgelotet werden. Die zweite Phase der Totalverweigerung bezieht sich auf die Zeit nach der Einrichtung des Bausoldatentums 1964. Durch exemplarische Zeitzeugenbefragungen sollen die Repressionserfahrungen und Haftbedingungen ermittelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht jeder, der

eine Verweigerungshaltung an den Tag legte, auch von der DDR-Gerichtsbarkeit strafrechtlich verfolgt wurde. Daher werden durch Archivrecherchen die Verweigerungserklärungen im Rahmen der Musterung und die Straftaten der „Entziehung vom Wehrdienst“ sowie „Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls“ analysiert und miteinander in Beziehungen gesetzt.

Die Jugendlichen in Opposition zur Wehrerziehung werden anhand der Aktionsformen des Widerstandes und den darauffolgenden Repressionsmaßnahmen (SchülerInnen- und Elterngespräche, Schulverweise, Mobbing) erforscht. Der Fokus liegt hierbei auf den Bezirken im Thüringer Raum. Als Quellen dienen insbesondere die Tagungsprotokolle des Zentralkomitees und verschiedener Arbeitskreise, in denen der Austausch über paramilitärische Ausbildungsstrategien sowie über Problemen mit SchülerInnen einen breiten Raum einnehmen.

Ziel ist es, die Forschungsergebnisse in dreifacher Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen: Erstens werden die gewonnenen Erkenntnisse in einer wissenschaftlichen Studie gebündelt. Zweitens ist während des Projektes eine Tagung geplant, deren Beiträge publiziert werden. Auf der interdisziplinär ausgerichteten Tagung sollen ExpertInnen verschiedener Fachrichtungen zusammenkommen, die spezielle Aspekte zum Thema „Diskriminierung“ und „Militarisierung der DDR“ in den 1960er Jahren beleuchten. Zwischenergebnisse der Projektmitarbeiter sollen in einer eigenen Sektion vorgestellt und diskutiert werden. Drittens ist ein Internetauftritt in Kooperation mit der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek geplant. Ein solcher „Web-Atlas“ mit Kartenmaterial, statistisch aufgearbeiteten Ergebnissen und einer biografischen Würdigung von ZeitzeugInnen bietet facettenreiche Erweiterungsmöglichkeiten.